

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Handelsschifffahrt vor Seepiraterie am Horn von Afrika verstärkt schützen**

Die Zahl der Piratenangriffe auf Handelsschiffe nimmt am Horn von Afrika, an den ost- und westafrikanischen Küsten sowie im Seegebiet vor Malaysia weiter zu. Diese Angriffe gefährden Menschenleben und beeinträchtigen den freien Warenhandel. In den Jahren 2009 und 2010 wurden nach Angaben der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/6715) jeweils über 400 Handelsschiffe von Piraten angegriffen. Immer häufiger werden nicht nur Schiffe ausgeraubt, sondern Seeleute gekidnappt, um auf diesem Weg teils Millionenbeträge als Lösegeld zu erpressen. Besonders betroffen sind Länder, die wie Deutschland über große Handelsflotten verfügen. 2009 und 2010 waren jeweils mehr als 60 Handelsschiffe deutscher Eigner betroffen. Seit 2008 haben nach Einschätzung der Bundesregierung deutsche Reedereien rund 23 Mio. US-Dollar Lösegeld gezahlt. In dem als Hochrisikogebiet eingestuften Gebiet um das Horn von Afrika müsse inzwischen jedes Schiff mit einem Angriff von Piraten rechnen. Für Reederei- und Hafenstandorte wie das Land Bremen hat diese zunehmende Bedrohung der Seeschifffahrt besonders nachteilige Folgen.

Dass in Einzelfällen sogar Kriegsschiffe der internationalen Seestreitkräfte angegriffen wurden, zeigt die Bedrohlichkeit der Lage, macht aber auch deutlich, dass die Bekämpfung der Piraterie faktisch und rechtlich eine große Herausforderung darstellt. Bislang ist Deutschland im Rahmen der EU-Mission NAVFOR ATALANTA an verschiedenen Schutzmaßnahmen beteiligt. Um Schiffe wirksamer vor Seepiraten zu schützen, sind jedoch weitere Schritte erforderlich. Der militärische Schutz der Schifffahrtswege muss in Kooperation mit den internationalen Sicherheitspartnern verbessert, der Schutz besonders gefährdeter unter deutscher Flagge fahrender Schiffe durch die Bundespolizei gewährleistet werden. Der Schutz der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe liegt klar im hoheitlichen Aufgabenbereich des Bundes.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gemeinsam mit den anderen norddeutschen Küstenländern gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen,

1. die militärische Präsenz der deutschen Marine im Rahmen der EU-Mission NAVFOR ATALANTA zu verstärken,
2. dass die Bundesregierung ihren Einfluss im nordatlantischen Bündnis sowie im Welticherheitsrat verstärkt auf diese Bedrohung ausrichtet,
3. dass unverzüglich klare Regelungen für die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols beim Schutz der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe geschaffen werden,
4. dass angemessen ausgerüstetes und ausgebildetes auf hoheitlicher Grundlage handelndes Personal für den Schutz besonders gefährdeter, deutschflaggiger Schiffe bereitgestellt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt Pläne der Bundesregierung zur Legalisierung privater Sicherheitsteams ab.

Frank Schildt, Sukrü Senkal,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Frank Willmann,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen